

Keine zusätzlichen Gelder für den Orscheler Sommer des Jugendrings

CDU, FDP und OBG lehnen einen nachträglichen Zuschuß ab

Oberursel (ny). Mit den Stimmen von CDU, FDP und OBG, bei einer Enthaltung des OBG-Stadtverordneten Pristaff, hat es das Oberurseler Stadtparlament in seiner letzten Sitzung abgelehnt, dem Jugendring nachträglich einen Zuschuß für die Veranstaltungen im Rahmen des „Orscheler Sommers“ zu gewähren. SPD und Grüne hatten sich nachhaltig für die Zahlung eines zusätzlichen Betrages von 4500 Mark eingesetzt, der zur Deckung der aus den Veranstaltungen entstandenen Kosten dienen sollte.

In die Debatte eingebracht hatte den Antrag auf eine weitergehende Unterstützung des Jugendrings die Fraktion der Grünen. Ihr Sprecher Wilfried Günther forderte das Parlament auf, im Nachtragshaushalt 4500 Mark für den Jugendring bereitzustellen. Die tatsächlichen Kosten des Programms hätten sich auf etwa 8000 Mark belaufen.

Vehementer Widerspruch gegen eine solche zusätzliche Zahlung kam aus den Reihen der FDP. Die bei den Liberalen für kulturelle Fragen zuständige Stadtverordnete Dorothea Henzler stellte zunächst lapidar fest, der „Orscheler Sommer“ habe auch ohne die Gewährung eines Zuschusses stattgefunden. Der Jugendring erhalte jährlich 15000 Mark zur Finanzierung seiner Veranstaltungen. Dieses Geld könne man „eben nur einmal ausgeben“. Wenn jetzt durch die Kosten des kulturellen Sommerprogramms eine für den Herbst geplante Veranstaltung des Jugendrings zum Thema „Jugend und Arbeit“ ausfallen müsse, dann sei das nicht zuletzt eine Frage der vom Vorstand gesetzten Prioritäten. Mit der Ausgabe großer Beträge für den „Orscheler Sommer“ habe der Vorstand bekannt, daß diese kulturellen Veranstaltungen ihm wichtiger seien als das Thema „Jugend und Arbeit“.

Mit dem Argument, daß künftig leicht auch jeder andere Verein nachträglich um eine Finanzierung seiner Veranstaltungen bitten werde, wenn man erst einmal dem Jugendring einen Zuschuß gewährt habe, lehnte der CDU-Stadtverordnete Klaus Heil für seine Partei die durch die Grünen vorgebrachte Forderung der Jugendorganisation ab. Auch die OBG schloß sich im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung dieser ablehnenden Haltung an.

Zu einer harten Kontroverse kam es, als die Rolle von Stadtrat Peter Schneider (CDU) in dem Streit um das Kulturprogramm zum Thema der Debatte wurde. Das zunächst deswegen, weil in einer Kulturausschußsitzung bei einer allgemeinen Erörterung über die Möglichkeiten

eines Sommerkulturprogramms fälschlicherweise davon ausgegangen wurde, kein Verein werde sich zur Veranstaltung eines solchen Programms bereithalten. Tatsächlich hatte aber – darauf wies im Stadtparlament Uwe Becker von der Fraktion der Grünen hin – schon damals festgestanden, daß der Jugendring in Zusammenarbeit mit dem Verein Kunstgriff im Sommer Veranstaltungen anbieten würde.

Stadtrat Peter Schneider erklärte auf der Parlamentssitzung jetzt, ihm sei damals nichts Derartiges bekannt gewesen. Schneider bestritt zugleich nachdrücklich, daß er gegenüber dem Jugendring irgendeine Zusage für eine finanzielle Unterstützung des Projekts abgegeben habe. Der Jugendring hatte das in letzter Zeit behauptet. Schon weil im städtischen Haushaltsplan für 1986 keinerlei Mittel für einen solchen Zuschuß eingeplant gewesen seien, habe er Zusagen dieser Art nicht geben können. Er erwähnte dabei nicht die Möglichkeit, über den Nachtragshaushalt im Nachhinein Gelder zu bewilligen. Der Stadtverordnete der Grünen, Manfred Bausch, wies demgegenüber darauf hin, daß sich auch für die Finanzierung der weihnachtlichen Lichterkette im Nachtragsetat 1986 noch 2000 Mark gefunden hätten. Demgegenüber das Sommerkulturprogramm nicht mit einem Zuschuß zu bedenken, hielt Bausch für eine falsche Gewichtung in der städtischen Subventionspolitik.

Stadtrat Peter Schneider ging in einem längeren Redebeitrag schließlich ausführlich auf das Finanzgebaren des Jugendrings ein. Er zitierte dabei mehrfach aus Berichten des Rechnungsprüfungsamtes, das dem Jugendring zu hohe Ausgaben vorgeworfen hat. So sei in den Büchern der Jugendorganisation der Oberurseler Vereine in der Vergangenheit eine Busfahrt in die Rhön für 963 Mark verzeichnet gewesen. Dieser Betrag erschien den Rechnungsprüfern für die Finanzierung der Reise als zu hoch. Auch sei bei der Polenfahrt unerfahren gewirtschaftet worden. Schließlich habe man anläßlich des Besuchs der polnischen Germanistikstudenten zu viele Betreuer aufgeboten.

Schneider selbst meinte, der Betrag von 5500 Mark, den der Jugendring für die Bezahlung von drei Musikgruppen ausgegeben hatte, sei zu hoch „für neun Stunden Musik auf dem Rathausplatz“. Der CDU-Stadtrat erhob dann heftige Vorwürfe gegen den Jugendring-Vorstand, die in dem Ausdruck „unseriöses Finanzgebaren“ für die Planungen der Gruppierung auf dem Geldsektor gipfelten.

In Schutz nahmen demgegenüber die Sozialdemokraten den Jugendring. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Theo Borngräber bezeichnete es als bedauerlich, wie Stadtrat Peter Schneider über die Jugendlichen gesprochen habe. Zudem sei der Jugendring nicht der einzige Verein mit finanziellen Schwierigkeiten. Von Stadtrat Schneider verlangte die SPD schließlich eine Bewertung des vom Jugendring organisierten Programms „Orscheler Sommer“. Die wollte Schneider jedoch nicht abgeben.

Für die Sozialdemokraten war damit klar, daß der Stadtrat bei der Ablehnung eines nachträglichen Zuschusses an den Jugendring formale Kriterien (wie die Tatsache, daß der Zuschuß erst nach dem Ende der Veranstaltung beantragt wurde) in den Vordergrund stelle, während er eigentlich die Veranstaltungen des Sommerkulturprogramms inhaltlich ablehne. Der SPD-Stadtverordnete Rainer Zulauf warf, an Schneider gewandt, der Stadtverwaltung vor, daß es ihr selbst nicht gelungen sei, ein Sommerkulturprogramm auf die Beine zu stellen. Zudem sei das Zitieren von Berichten des Rechnungsprüfungsamtes im Stadtparlament „stillos“. Stadtrat Peter Schneider sei im Bereich der Kulturarbeit „ein einziger Mißerfolg“, meinte Zulauf. In der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag der Grünen dann von den bürgerlichen Parteien der Oberurseler Dreierkoalition abgelehnt.